

Schriften der
Deutschen Hochschule für Politik
Herausgegeben von
Paul Meier-Benneckenstein

Dr. Bruno Kieseewetter

Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Schriften der Deutschen Hochschule für Politik
Herausgegeben von Paul Meier-Benedictstein

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

Heft 26

Bruno Kiefewetter

Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft

Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft

Von

Dr. Bruno Kiesewetter

Studienleiter an der Deutschen Hochschule für Politik

1937

Junker und Dünhaupt Verlag / Berlin

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Copyright 1937 by Junker und Dünhaupt Verlag, Berlin. Printed in Germany.

Druck der Hofbuchdruckerei C. Dünhaupt, K.-G., Dessau.

Der Nationalsozialismus treibt im wahrsten Sinne des Wortes eine Volkswirtschaftspolitik, denn er allein kennt eine eigentliche Volkswirtschaft, weil er das Volk in den Mittelpunkt seiner wirtschaftlichen Überlegungen und Maßnahmen stellt. Er steht damit im Gegensatz zu der individualistischen Wirtschaftsauffassung, die unter möglichster Ausschaltung des Staates aus dem Wirtschaftsleben nur den einzelnen bzw. den Einzelbetrieb kennt und ihn allein als Träger der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der nationalen Grenzen und über diese hinaus wertet, — ihn sozusagen als „Hohheitsträger“ der Wirtschaft ansieht, die ja nach dieser Auffassung ein Eigenleben und ein von allen anderen Volksnotwendigkeiten getrenntes Sonderdasein besaß. Nach dieser Auffassung war es lediglich Aufgabe des einzelnen, z. B. einer Firma, Geschäftsbeziehungen mit anderen Firmen im Auslande zu pflegen, deren Umfang und Ergebnis dem eigenen Ermessen nach Maßgabe der eigenen Interessen überlassen blieb. Dieses Wirtschaftsdenken war weltwirtschaftlich orientiert, d. h. es ignorierte grundsätzlich die nationalen Grenzen, die für die englische sogen. klassische Lehre geradezu ein Fremdelement darstellen, und kannte keine irgendwie gearteten Bindungen an nationale Notwendigkeiten. Die Auswirkung des Selbstinteresses sowie die Freizügigkeit der Ware und des Kapitals wurden garantiert durch das die Welt umspannende System der Goldwährung mit seinem Automatismus, das, abgesehen von einem ganz geringen Spielraum für den Ausgleich nationalwirtschaftlicher Verschiebungen (Diskontpolitik), eine feste Basis für die Errechnbarkeit des Wirtschaftserfolges abgab. Dieses Wirtschaftssystem des „freien Spiels der Kräfte“ setzte gerade wegen der Nichtbeachtung nationaler Grenzen eine Chancengleichheit aller im internationalen Wettbewerb Stehenden voraus, d. h. gleichwertige Wirtschaften mit annähernd gleicher wirtschaftlicher Ausrüstung und damit gleicher Ausgangsbasis. Nachdem der sogenannte „Friede“ eine absichtliche wirtschaftliche Ungleichheit unter den großen Wirtschaftsländern geschaffen hatte mit der ausgesprochenen Absicht, große Völker, wie z. B. das deutsche, in dauernder wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten, wurden auf Grund der Blockadeerfahrungen während des Weltkrieges mit seinen Völkerrechtsbrüchen die nationalen Abwehrkräfte geweckt und die Aufmerksamkeit auf das Interesse der Nation, des Volkes gelenkt. Nicht mehr der einzelne, den selbst die „liberalen“

Geindbundsstaaten nicht mehr achteten und ihn seines im liberalen Sinne geheiligten Privateigentums beraubten, sondern das Volk war die lebenswichtige Einheit geworden, die geschützt werden mußte. Als dann auf Grund der irrsinnigen Handels-, Reparations- und Schuldenpolitik der „Siegerstaaten“ und der während des Krieges erfolgten Umstellungen früherer Rohstoffländer auf die Industriewirtschaft eine zunehmende Auflösung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eintrat, als die Abtragung der unsinnigen internationalen Schuldenlast durch Warenlieferung die eigenen Volkswirtschaften zu zerstören drohte, waren gerade diejenigen Länder, wie z. B. England, die theoretisch das individualwirtschaftliche Prinzip mit besonderer Orthodorie vertraten und es heute noch anderen Ländern empfehlen, gezwungen, die gesamtwirtschaftlichen Interessen des Landes stärker wahrzunehmen und zu Schutzzöllen zu schreiten. Damit zerstörten diese Länder selbst die Grundlagen des horizontal ausgerichteten Systems der „Weltwirtschaft“ durch die von ihnen vorgenommenen vertikalen Sperrmaßnahmen der Schutzzölle, so daß bei einer derartigen Störung des Warenaustausches auch das andere Komplement dieses Systems, der internationale Kapitalaustausch, Schaden nehmen mußte, was seinen Ausdruck in den Währungsabwertungen fand. Damit wurde von diesen Ländern selbst der Beweis geliefert, daß Volkswirtschaft und volkswirtschaftliche Notwendigkeiten keine Erfindung des Nationalsozialismus sind, den man der Übertreibung dieses „Prinzips“ immer wieder anklagt, sondern daß es Realitäten sind, und zwar nicht nur wirtschaftliche, sondern politische Realitäten. In welchem Maße sich diese nun einmal vorhandenen Gegebenheiten praktisch auswirken, hängt von den besonderen Umständen und den Existenzbedingungen ab, unter denen eine ganz bestimmte Volkswirtschaft, wie z. B. die deutsche, lebt.

Bevor der Begriff der Volkswirtschaft näher erläutert werden soll, ist einiges über den Begriff des Wirtschaftens überhaupt zu sagen. Während die Jugend glaubt, beinahe alles in wundervoller Unbekümmertheit mit idealem Schwung zu erreichen, nicht an das Morgen, an die Zukunft denkt, weil sie mit sicherem Instinkt weiß, daß ihr die Zukunft ja doch gehört, — bricht sich mit zunehmendem Alter die Erkenntnis Bahn, daß der ideale Schwung wohl nötig ist, aber allein zur Erreichung eines Zieles nicht ausreicht, sondern daß es um den Einsatz aller Kräfte und aller Fähigkeiten geht. Je schärfer diese Kräfte und Fähigkeiten angespannt werden müssen, um so mehr kommt mit der zunehmenden Erfahrung des Lebens dem einzelnen zum Bewußtsein, daß die eigenen Kräfte und auch die materiellen Einsatzmittel beschränkt sind, daß jeder mit diesen Mitteln haushalten muß.

Damit tritt ein neues Moment in das Leben und Denken des Menschen: er muß planen, er muß sparsam sein, er muß überlegt handeln und seine begrenzten Mittel und Kräfte dort einsetzen, wo es für ihn und für sein Volk den größten Nutzen erbringt. Diese Einstellung wird noch deutlicher, wenn es sich bei dem einzelnen nicht nur um die Erhaltung und Durchsetzung seiner eigenen Persönlichkeit handelt, sondern wenn ihm die Sorge um die Existenz einer größeren Anzahl von Volksgenossen anvertraut ist: wenn es sich also um das handelt, was man einen Wirtschaftsbetrieb nennt. Obgleich in einem solchen Fall ganz besonders gerechnet, d. h. gewirtschaftet werden muß, so sind doch wir Nationalsozialisten der Ansicht, daß das typisch und abschließlich Rechenhafte im Wirtschaftsleben vor den lebendigen Interessen des Menschen und der Gemeinschaft zurückzutreten hat. Ganz und gar beseitigt werden kann dieses Denken in der Wirtschaft aber nicht. Denn es ist ja gerade das Wesen des Wirtschaftens, sparsam mit Kräften und Materialien umzugehen und sie zu verwalten.

Jeder einzelne lernt die Knappheit und Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel und damit die Eigenart dessen, was man „wirtschaften“ nennt, im eigenen Haushalt kennen. Die Bezeichnung „haushalten mit etwas“ bringt diese Grundhaltung klar zum Ausdruck. Nicht anders als im Haushalt des einzelnen geht es auch in dem großen Haushalt der Volkswirtschaft zu.

Was ist das nun für ein Gebilde, das man Volkswirtschaft nennt und das noch niemand gesehen hat oder mit Händen hat greifen können? Nehmen wir ein einfaches Beispiel. Auf dem Bauernhof baut der Bauer sein Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer), er züchtet sein Vieh (Hühner, Enten, Gänse, Schweine, Rinder), er gewinnt Milch, aus der Milch bereitet er Butter. Obgleich nun alle diese Produkte in einer Bauernwirtschaft erzeugt werden und in dieser Gesamtheit dem einzelnen praktisch vor Augen treten, spricht man aber doch nicht von dem Getreide des Bauern A, B oder C, oder von dem Vieh des Bauern X oder Y. Den Bewohner der Großstadt, der sich sein Brot kauft, interessiert es nicht, ob dieses Brot gewonnen wurde aus dem Getreide eines ihm vielleicht persönlich bekannten Bauern A, B oder C, sondern für ihn handelt es sich nur um Getreide überhaupt, das für die Versorgung einer Großstadt zur Verfügung steht und aus dessen Menge auch er als einzelner sein Brot erhält. Das gleiche gilt für alle anderen Erzeugnisse, wie Fleisch, Milch, Eier, Butter usw. Man spricht deshalb nicht von dem Getreide oder Vieh dieses oder jenes ganz bestimmten Bauern, sondern man spricht von der Getreidewirtschaft, der Viehwirtschaft, der Milch-, Butterwirtschaft usw. Ebenso verhält

es sich in der Industriesphäre, in der wir auch nur einzelne ganz bestimmte Industriebetriebe kennen (J. G. Sarben, AEG., Vereinigte Stahlwerke, Borsig u. a.), die Eisen, Kohle, Elektrizität u. a. verbrauchen. Trotzdem spricht man hier im gleichen Sinne von der Eisenwirtschaft, der Metall-, der Kohlen-, der Elektrizitätswirtschaft. An Stelle des konkreten Einzelbetriebes als der Produktionsstätte, die jeder einmal irgendwo gesehen hat und die in einer Unzahl über das ganze Land verteilt sind, tritt hier ein unpersönlicher Gesichtspunkt in Erscheinung, der durch die im Laufe der Jahre erfolgte Ausdehnung der Wirtschaft, der Zunahme der Bevölkerung, der Herausbildung von Stadt und Land und der Entfernung zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsort entstanden ist. Der unpersönliche Charakter dieser Verflechtungen, bei denen der einzelne Erzeuger und Verbraucher zurücktritt, kann aber kein Grund dafür sein, diese Beziehungen etwa als Tatsache zu leugnen, sie nicht als Realität anzusehen oder, wie das die englische Wirtschaftslehre tat, auch nur an Bedeutung hinter den Wirtschaftsbeziehungen und dem Selbstinteresse der Individuen zurücktreten zu lassen. Der besondere Schutz dieser Abhängigkeiten ist lebensnotwendig für die Erhaltung eines Volkes als Gemeinschaft. Sie können, soweit es sich um die elementarsten Lebensbedürfnisse und Existenzbedingungen des Volkes handelt, nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ und den mehr oder minder großen Zufälligkeiten von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben. Hier geht es um Sein oder Nichtsein von zahlreichen Volksgenossen. Ihre Sicherung kann deshalb in zweckmäßigster, alle Teile des Volkes gerecht behandelnder Weise nur von der Gemeinschaft, d. h. von der Politik wahrgenommen werden.

Die Volkswirtschaft ist also nichts Wesenloses, von dem nur die Theoretiker und wirtschaftswissenschaftlichen Gelehrten träumen, sondern etwas Wirkliches, das an jeden Menschen herantritt, mit dem jeder verflochten ist. Jedermann in Deutschland, der irgendwo und irgendwie wirtschaftet, ist in diese Volkswirtschaft eingegliedert und kann sich nicht aus ihr lösen. Der einzelne wie der Einzelbetrieb bleibt deshalb nach wie vor Erzeuger und Verbraucher, aber er ist nur ein Glied in dieser Volkswirtschaft und hat besondere Aufgaben innerhalb der Gemeinschaft zu erfüllen.

Wenn der einzelne die vielseitigen Bedürfnisse, die er in seinem Leben hat, befriedigen will, dann muß er zur Beschaffung der Mittel, die hierzu nötig sind, arbeiten. Mit anderen Worten: er muß sich Geld beschaffen durch Arbeit, um für Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. zu sorgen. Ist er dazu nicht in der Lage, hat er keine Arbeitsmöglichkeiten, obgleich er gern bereit ist, seine Arbeitskraft einzusetzen,

um sich durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, dann sagt man wohl, er sei ein armer Mensch. Was für den einzelnen gilt, gilt in dieser Hinsicht auch für die Volkswirtschaft. Wenn eine Volkswirtschaft in ihren Grundbedürfnissen, d. h. in dem Bezug von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in weitgehendstem Maße abhängig ist vom Ausland und sich andererseits diese Rohstoffe auch nur durch vermehrte eigene Arbeit beschaffen kann, dann kann man auch diese Volkswirtschaft als arm bezeichnen. Und unsere deutsche Volkswirtschaft ist bisher eine solche arme Volkswirtschaft gewesen. Wir müssen zwei Drittel des Eisenerzbedarfs für den Bau unserer Fabriken, unserer Maschinen, unserer Häuser und anderer Gebrauchsgegenstände vom Auslande kaufen und hatten eine Eisenerzeinfuhr in 1000 Tonnen in den Jahren 1934—1936 von 8265—14 061—18 469. Ebenso müssen wir die verschiedenen Metalle z. T. vollkommen, z. T. in einem sehr hohen Prozentsatz vom Ausland beziehen. In unserem Kleidungsbedarf waren wir zu 95 % vom Auslande abhängig. Das Ausland kann jederzeit durch handelspolitische Maßnahmen, Blockade, Boykott, Areditsperre und sonstige Unterbindungen der Zufuhr nach Deutschland die deutsche Volkswirtschaft lahmlegen. Ja, es kann sogar durch die Preisgestaltung für Rohstoffe und Nahrungsmittel den deutschen Arbeiter, die deutsche Arbeitskraft geradezu ausbeuten, so daß es dahin kommt, daß, um eine bestimmte Menge Baumwolle vom Auslande zu kaufen, der deutsche Arbeiter zur Erzeugung des Gegenwertes, den wir für Baumwolle geben, — etwa einer Maschine, — mehr Arbeit aufwenden muß, als der ausländische Arbeiter zur Erzeugung der entsprechenden Menge Baumwolle selbst aufgewendet hat.

Der erste Vierjahresplan bedeutete die Beseitigung der Armut für den einzelnen, indem er jedem, der seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, Arbeit gibt und damit die Möglichkeit, durch Fleiß und Tatkraft seine Existenz sicherzustellen. Wieweit die Verwirklichung dieses „Rechts auf Arbeit“ gelungen ist, zeigt der ungeheure Rückgang der Arbeitslosigkeit und der zunehmende Mangel an Sacharbeitern in Deutschland. Diese Armut aber auch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft zu beseitigen, ist die Aufgabe des zweiten Vierjahresplans, den der Führer auf dem Parteitag der Ehre im September vorigen Jahres verkündet hat. Er hat als Ziel aufgestellt, „daß Deutschland in allen jenen Stoffen vom Auslande gänzlich unabhängig sein muß, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie, Maschinenindustrie, durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können“. Er hat damit die Wirtschaft, d. h. mit anderen Worten, das gesamte deutsche Volk

aufgerufen, zur Erlangung auch der materiellen Freiheit auf allen den Gebieten, auf denen es uns möglich ist, beizutragen. Es handelt sich um zwei große Aufgaben: das ist erstens die Steigerung der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes und der landwirtschaftlichen Rohstoffe, und zweitens die Steigerung der industriellen Rohstoffherzeugung im Inlande. Ergänzend tritt dazu als dritte Aufgabe die Frage des Arbeitseinsatzes und als vierte die der Preisbildung.

Sehen wir uns zuerst die Landwirtschaft an. Wir deckten vor der Machtübernahme unseren zusätzlichen Lebensmittelbedarf für drei Milliarden RM. durch Einfuhr aus dem Auslande. Die Arbeit des Reichsnährstandes hat es dahin gebracht, daß wir jetzt nur noch für rund eine Milliarde RM. Einfuhrbedarf haben. Von 1927 bis 1935 konnte der Anteil der inländischen Erzeugung am Gesamtverbrauch bei Nahrungs- und Futtermitteln (Ernährungswirtschaft) von 66% auf 83% und bei landwirtschaftlichen Rohstoffen (Rohstoffwirtschaft) von 29% auf 43% erhöht werden. Auf den verschiedensten Gebieten sind wir noch z. T. sehr stark abhängig vom Auslande. Das Versailleser Diktat hat uns große Wunden in unserer Nahrungsmittelversorgung geschlagen. Wir verloren allein von unserem Rindviehbestand 13%. In der Weizenversorgung hatten wir einen Verlust von 15%, bei Roggen 19% und bei Kartoffeln 20%. Auf der um 13% verkleinerten Fläche des Deutschen Reiches müssen wir eine Bevölkerung ernähren, die größer ist als die des Jahres 1914. Trotz der Gebietsverluste haben wir erreicht, daß Deutschland in Roggen, Weizen, Kartoffeln, Zucker, Fleisch und Trinkmilch zu 100% Selbstversorger ist, in Molkereierzeugnissen zu 82%, in Eiern zu 74% und in Fett zu 55%. Wenn unsere Erzeugung an Fleisch auch aus eigenem Viehbestand gedeckt werden kann, besteht allerdings in dieser Beziehung doch eine starke indirekte Abhängigkeit vom Ausland durch die Beschaffung von Futtermitteln, die wir noch nicht in ausreichendem Maße besitzen. Sie wird allerdings von Jahr zu Jahr geringer. Der Führer hat immer wieder darauf hingewiesen, daß der Bauer die Grundlage für die deutsche Ernährungswirtschaft bildet, und hat dafür gesorgt, daß der Bauer in seiner Existenz gesichert wird. Wenn wir nur die Wirtschaften bis zur Erbhofgröße (125 Hektar oder 500 Morgen) in Betracht ziehen, dann entfallen auf diese Größenklasse einschließlich der kleinsten Betriebe unter zwei Hektar 82% der landwirtschaftlich genutzten Fläche, das heißt mit anderen Worten: unsere Ernährungswirtschaft beruht zu vier Fünfteln auf dem Bauerntum. Dieses Bauerntum ist in den Jahren vor der Machtergreifung bewußt zurückgedrängt und vernachlässigt worden. Das war für die

Gesamteristenz unseres Volkes von um so verhängnisvollerer Bedeutung, als Deutschland einen entscheidenden Wandel vom Agrar- zum Industriestaat durchgemacht hatte. Während noch 1871 zwei Drittel der deutschen Bevölkerung auf dem Lande wohnten und nur ein Drittel in der Stadt, hat sich dieses Verhältnis 50 Jahre später, im Jahre 1925, umgekehrt. 1871 lebte jeder zwanzigste Deutsche in einer Großstadt, 1925 jeder dritte Deutsche. Wie katastrophal und einseitig die Abhängigkeit Deutschlands in der Nahrungsmittelversorgung vom Auslande wurde, ersieht man beispielsweise daraus, daß allein in zehn Jahren, nämlich in der Zeit von 1901 bis 1910, die deutsche Getreideeinfuhr um 75% gesteigert wurde. Die frühere liberale Auffassung hat den Freihandel gepredigt und die Freihandelsidee, d. h. die Forderung, daß jedes Land ein Erzeugnis nur da kaufen solle, wo es am billigsten in der Welt erzeugt werden kann, ganz bewußt nur auf die Förderung der Industriewirtschaft abgestellt, um im industriellen Warenaustausch mit anderen Ländern wettbewerbsfähig sein zu können. Sie hat damit die Gestehungskosten, d. h. Gehälter und Löhne, niedrig halten wollen, was andererseits voraussetzte, daß die Nahrungsmittel, für die in erster Linie Gehälter und Löhne aufgewendet werden, niedrig im Preise stehen mußten. Es setzte also die Getreideeinfuhr aus den großen überseeischen Überschußgebieten ein, die so billig liefern konnten, daß die deutsche Landwirtschaft mit ihren höheren Gestehungskosten nicht konkurrieren konnte. Die Folge war der Zusammenbruch unserer Landwirtschaft.

Der Nationalsozialismus hat sich nicht damit begnügt, die Landwirtschaft in ihren Existenzgrundlagen sicherzustellen, sondern hat ihr auch als neue Aufgabe die zusätzliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge gestellt — eine Aufgabe, die im Rahmen der „Erzeugungsschlacht“ gelöst werden soll. Das große Ziel ist, uns in der Ernährung möglichst weitgehend vom Auslande unabhängig zu machen. Nur wenn wir auf dem umfassenden Gebiet der Nahrungsmittelversorgung, das von entscheidendem Einfluß auf die gesamte volkswirtschaftliche Preisgestaltung ist, selbständig bleiben und ausländische Preiseinflüsse, soweit es irgend geht, ausschalten können, werden wir frei sein. Wenn wir aber in größerem Ausmaße auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen bleiben, werden wir auch in das Netz und die Schwankungen der Weltmarktpreise verwickelt, die verstärkt unseren Devisenvorrat in Anspruch nehmen.

Die folgende Tabelle gibt die prozentuale Steigerung der Weltmarktpreise in wichtigen Getreidearten während des Jahres 1936 wieder:

Ware	Notierung	RM für 100 kg			Steigerung seit 30. 12. 35 um %
		30/12 1935	31/12 1936	1/3 1937	
Weizen	Winnipeg, Schlußnot. f. erstnot. Monat	7,75	11,84	11,57	+ 49
Gerste	Winnipeg, Schlußnot. f. erstnot. Monat	4,04	10,72	9,32	+ 131
Hafer	Chicago, Schlußnot. f. erstnot. Monat	4,84	8,90	8,94	+ 66
Roggen	Chicago, für erstnot. Monat	5,35	11,35	10,45	+ 95
Mais	Chicago, für erstnot. Monat	5,91	10,42	10,29	+ 74

Zur Vergrößerung unserer Nahrungsfreiheit steht uns landwirtschaftlich nutzbares Neuland in einem Umfange von 1,8 Millionen Hektar zur Verfügung, und zwar 1 398 000 Hektar Ödland, 403 000 Hektar Moorfläche und 45 000 Hektar Küstenverlandung. Diese Fläche entspricht etwa dem Umfang des Landes Württemberg. Zur Gewinnung des Neulandes ist in erweitertem Umfang der Reichsarbeitsdienst eingesetzt. Aber nicht nur die Neugewinnung von Kulturland spielt bei uns eine Rolle, sondern auch die Verbesserung bereits unter Kultur stehenden Landes durch Bewässerung, Entwässerung, Hochwasserschutz usw. In Deutschland werden z. B. jährlich eine Million Hektar überschwemmt, in ausgesprochenen Katastrophenzeiten sogar zwei bis drei Millionen Hektar. Durch Flurbereinigung ist noch sehr viel zu erreichen. Im ganzen Reich wird der Umfang der zu bereinigenden Fläche auf fünf bis sechs Millionen Hektar, d. h. auf den fünften Teil der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche geschätzt. Der Gauleiter Simon vom Gau Koblenz-Trier teilte einmal mit, daß in seinem Gau sich manchmal acht Morgen Land auf 100 einzelne Felder verteilen.

Der Umfang des Neulandes, das wir durch alle Maßnahmen der Landeskultur gewinnen können, beträgt flächenmäßig umgerechnet 5,5 Millionen Hektar und ist so groß wie die Provinzen Mecklenburg, Pommern, Brandenburg und Grenzmark zusammen.

Man erhöht die Leistungsfähigkeit des Bodens aber nicht allein durch die eben genannten Verbesserungsmaßnahmen, sondern auch durch den Einsatz technischer Hilfsmittel zum Zwecke einer Intensivierung des Betriebes. Hier ist für die landwirtschaftliche Maschinenindustrie noch ein sehr weites Feld der Tätigkeit gegeben. Nur einige Beispiele, die die Bedeutung dieses Problems erläutern werden:

Wenn wir keine Erntemaschinen anwenden würden, würden jährlich 2,5 Millionen Doppelzentner Getreide als Abreusfall

auf den Äckern liegen bleiben. Da aber noch nicht in allen Betrieben Erntemaschinen vorhanden sind, bleiben heute tatsächlich noch rund drei Millionen Doppelzentner Getreide auf den Äckern liegen und gehen der menschlichen Nahrung verloren. Das bedeutet einen Brotverlust für 900 000 Menschen.

Durch Einsatz von Drillmaschinen werden jährlich drei Millionen Doppelzentner Getreide erspart, d. h. Ernährung für 600 000 Menschen, für die sonst — bei Nichteinsatz von Drillmaschinen — diese Nahrung anderweitig beschafft werden müßte.

Durch Benutzung von Saatreinigungs- und Beizanlagen werden jährlich 1,4 Millionen Doppelzentner Getreide erspart und 2,8 Millionen Doppelzentner Korn mehr erzeugt. Wenn alles Saatgut heute schon in solchen Anlagen gereinigt würde, dann ließe sich sozusagen aus dem Nichts noch Brot für zwei Millionen oder Fleisch für eineinviertel Millionen deutscher Volksgenossen erzeugen.

Ein anderes sehr aufschlußreiches Beispiel: Die Transportkosten in der Landwirtschaft betragen bis zu rund drei Viertel der Gesamterzeugungskosten (bis zu 70 %). Die Hauptzugkraft ist das Pferd. Wenn man statt der bisherigen schweren Ackerwagen luftbereifte Ackerwagen verwenden würde, die leichter sind, würde der Zugkraftbedarf um die Hälfte herabgesetzt werden, d. h. der Bauer würde dieselbe Last statt bisher mit zwei Pferden nunmehr mit einem Pferd bewegen können. Durch diese Neuerung und durch den Einsatz von Schleppern würde eine technisch durchaus mögliche Einsparung von 600 000 Pferden eintreten. Da ein Pferd rund ein Hektar deutschen Bodens zu seiner Ernährung braucht, würde eine Fläche von 600 000 Hektar Land für menschliche Ernährungsaufgaben frei werden.

Die Landwirtschaft versorgt uns nicht nur mit Nahrungsmitteln, sondern auch mit pflanzlichen und tierischen Rohstoffen. Um die Bedeutung dieser Rohstoffe für unsere deutsche Volkswirtschaft zu kennzeichnen, möchte ich nur einige besonders hervorheben. Nehmen wir zuerst die Wolle. Von einem Gesamtverbrauch von 160 000 Tonnen mußten wir 145 000 Tonnen aus dem Ausland beziehen, so daß wir zu neun Zehntel vom Ausland abhängig sind. Der Wollpreis ist vom November 1935 bis Februar 1937 um etwas über 20 % gestiegen. Früher war Deutschland ein Wollausfuhrland. Der Begründer der deutschen Schafzucht war Friedrich der Große. Die Schafzucht war das ganze 19. Jahrhundert hindurch für die deutsche Landwirtschaft von größter Bedeutung. Im Jahre 1860 z. B.

hatten wir einen Schafbestand von 30 Millionen, 1933 aber nur von 3,4 Millionen. Die Wollgewinnung von diesen 3,4 Millionen Schafen würde gerade ausreichen, um jeden Deutschen mit einer Badehose und einem Halstuch zu bekleiden. In der gesamten übrigen Bekleidung sind wir vom Ausland abhängig. Der Schafbestand hat sich inzwischen auf fünf Millionen erhöht und wird sich im Laufe der Zeit weiter erhöhen, da der Reichsnährstand der Entwicklung der Schafzucht die größte Aufmerksamkeit schenkt. Trotzdem ist es wohl ausgeschlossen, daß wir jemals unseren gesamten Wollbedarf aus heimischer Erzeugung werden decken können. Dazu wären 50 Millionen Wollschafe erforderlich, also das Zehnfache des jetzigen Bestandes. Wenn wir in dem beabsichtigten Maße die Intensivierung unserer Bodenbewirtschaftung, die im Gesamtinteresse unbedingt gefordert werden muß, vortreiben, dann würden uns Weideflächen nur für einen Bestand von etwa 12 bis 15 Millionen Schafen zur Verfügung bleiben, so daß damit nur zu höchstens ein Drittel unser Wollbedarf aus eigener Erzeugung gesichert werden kann.

Als zweites Beispiel ist der Flachs anbau zu erwähnen. Wir gehen allmählich wieder mehr zur Gewinnung von einheimischem Leinen über. Auch im Flachs anbau ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen wie bei der Wolle. Wir hatten 1850 noch eine mit Flachs bebaute Fläche von 250 000 Hektar. 1932 war sie auf 4 889 Hektar zurückgegangen. In den letzten vier Jahren aber hat sich diese Fläche etwa verzehnfacht und beträgt jetzt 44 082 Hektar. Während wir 1933 nur etwa 15% des Flachsverbrauches durch heimische Erzeugung decken konnten, ist dieser Anteil 1936 auf rund 80% gestiegen — und das bei einem absoluten An wachsen des Verbrauchs von 21 Millionen auf 40 Millionen Kilogramm. Das ist gelungen, weil der Reichsnährstand den Flachs anbau durch Prämienzahlung besonders unterstützt hat. Im Hanf ist die Entwicklung noch nicht so weit vorgeschritten. Wir sind aber auf dem besten Wege dazu, uns weitgehend unabhängig zu machen. 1933 wurden nur 2% des Hanfbedarfs im Inland erzeugt auf einer Fläche von 211 Hektar, 1936 aber bereits rund 30% auf einer Fläche von 5 733 Hektar. Die Anbaufläche für Hanf hat sich in drei Jahren um das 27fache vermehrt.

Besonders empfindlich ist die Abhängigkeit auf dem Textilgebiet in der Einfuhr von Baumwolle. Die deutsche Textil- und Bekleidungswirtschaft sichert dem sechsten Teil des deutschen Volkes die Existenz, denn nach Nahrung und Wohnung ist die Kleidung das wichtigste Elementarbedürfnis des Menschen. Da die Rohstoffversorgung der Textilwirtschaft bis zur Machtübernahme zu 95% vom

Ausland abhängig war, hing demnach die Existenz von einem Sechstel unseres Volkes von der Bereitwilligkeit des Auslandes ab, uns Baumwolle zu verkaufen oder nicht. Die Rohstoffbeschaffung erforderte von 1930 bis 1935 allein 3,8 Milliarden RM. Um diese Abhängigkeit zu mildern, sind die eben geschilderten Maßnahmen in der Schafhaltung, der Steigerung der Glachs- und Hanferzeugung so ungeheuer wichtig. Daneben tritt jetzt die Erzeugung synthetischer Textilien, wie der Kunstseide und der Zellwolle. Durch die Förderung der Erzeugung dieser Rohstoffe ist es gelungen, den Anteil der textilen Rohstoffe in der Einfuhr, der im Jahre 1933 noch etwa 32% betrug, auf 26% im Jahre 1936 zu senken.

Die Einfuhr betrug in 1000 Tonnen:

	1933	1934	1935	1936	Rückgang um %
Baumwolle	473	399	397	325	31
Wolle und andere Tierhaare	193	180	156	125	37
	671	579	553	450	33

Die Produktion von Kunstseide hat sich in den drei Jahren von 1933 bis 1936 von 33 Millionen Kilogramm auf 50 Millionen Kilogramm erhöht, und die Produktion von Zellwolle ist in der gleichen Zeit von 4,5 Millionen auf 42 Millionen Kilogramm gestiegen. Da die deutsche Bekleidungsindustrie einen mengenmäßigen Rohstoffbedarf von jährlich etwa 600 Millionen Kilogramm hat, werden also gegenwärtig 16%, das ist rund ein Sechstel des deutschen Gesamtbedarfs an textilen Rohstoffen, durch Kunstseide und Zellwolle gedeckt. Die Zellwolle ist eine deutsche Erfindung und seit eineinhalb Jahrzehnten bereits bekannt. Die Erweiterung der Zellwolleerzeugung hat ebenso wie die Bunaherstellung auch eine arbeitsmarktpolitische Bedeutung, und zwar für das ausgesprochene Textilland Sachsen, das unter der Einschränkung der Baumwolleneinfuhr litt und sich von der Stärkung der heimischen Rohstoffgrundlage eine Verringerung seiner wirtschaftlichen Spannungen verspricht. Das ist von größter Wichtigkeit für ein Land, das auf 3,2% der Reichsfläche 3% oder ein Zwölftel der deutschen Bevölkerung und 13% der deutschen Industriearbeiterschaft umfaßt.

Wenn auch im Augenblick die Erzeugung von Zellwolle wie überhaupt die Erzeugung synthetischer Rohstoffe etwas teurer sich stellt als die natürlichen Rohstoffe, so werden sich mit der zunehmenden Produktion auch diese Kosten verbilligen. Das ist mit allen anderen

Rohstoffen der Fall gewesen, die wir während des Krieges und nach dem Kriege in Gebrauch genommen haben. Aluminium hat z. B. eine Zeitlang mehr gekostet als Gold, und für ein Kilogramm Stickstoff mußte man noch 1913 13 Mark bezahlen, während es heute 13 Pfennig kostet. Außerdem liegt ein besonderer Vorzug des Werkstoffes gegenüber dem Naturprodukt darin, daß man ihm Eigenschaften geben kann, die das Naturprodukt überhaupt nicht oder nur in geringerem Maße besitzt. So hat Zellwolle z. B. eine viel gleichmäßigere Faserlänge als die Baumwolle. Infolgedessen entstehen bei der Weiterverarbeitung kaum Abfälle, die man bei der Kostenberechnung und bei der Beurteilung der Preisdifferenz zwischen Zellwolle und Baumwolle berücksichtigen muß. Die Zellwolle wird uns immer noch billiger kommen als die Baumwolle, selbst unter der Voraussetzung, daß wir den Rohstoff, aus dem die Zellwolle erzeugt wird, das Holz, in vollem Umfang aus dem Ausland beziehen müssen. Während die Baumwolle zu 100 % mit Devisen bezahlt werden muß, beläuft sich der Devisenanteil für Zellwolle auf höchstens 10 bis 12 % (Kosten für das Holz), so daß wir also bei einer Erweiterung der Zellwollerzeugung mit einer Devisenersparnis von rund 90 % rechnen können.

Alle bisher vom Reichsnährstand getroffenen Maßnahmen, besonders auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, können in ihrer Wirkung von jedem einzelnen deutschen Volksgenossen weitgehend unterstützt werden, indem die Parole befolgt wird, die der Reichsnährstand ausgegeben hat: **K a m p f d e m V e r d e r b !** Es entstehen noch zu viel Verluste und Abfälle durch unwirtschaftliche Maßnahmen und durch unsachgemäße Behandlung von Nahrungsmitteln. Man beziffert diese volkswirtschaftlichen Verluste auf eineinhalb Milliarden Reichsmark. Wir müssen demgegenüber daran denken, daß wir immer noch für eine Milliarde RM. Nahrungs- und Futtermittel einführen. Der Verlust einer Summe von eineinhalb Milliarden RM. ist gleichbedeutend mit der nutzlosen Vergeudung der Ernte ganzer deutscher Provinzen. Man hat errechnet, daß z. B. die alljährlich durch Verderb verlorengehende Kartoffelmenge etwa der gesamten pommerischen Kartoffelernte entspricht. Wenn in jeder der rd. 17,7 Millionen Haushaltungen in Deutschland w ö c h e n t l i c h nur eine Scheibe Brot umkommt, so ist das gleichbedeutend mit dem Verlust eines Viertels der Roggenernte Oldenburgs. Hier ist von jedem einzelnen im Haushalt sowohl wie in der Einzelhandelsbranche sehr viel zu leisten. Durch Untersuchungen wurde festgestellt, daß z. B. im Einzelhandel ein durchschnittlicher Verlust durch Verderb und Schwund in Höhe von 5 % des Umsatzes besteht, das heißt bei einem Warenumsatz von

20 Milliarden Reichsmark ein Verlust von einer Milliarde Reichsmark. Durch geeignete Maßnahmen hat man bereits erreicht, daß in der Nahrungsmittelbranche der wirtschaftlich arbeitende Einzelhändler die Verluste durch Verderb bis auf 0,5% verringert hat. Auf diese Weise kann jeder an seinem Teil beitragen zum Nutzen der Gesamtheit.

Die Parole „Kampf dem Verderb“ gilt natürlich auch für die gewerbliche Wirtschaft und für das Gebiet der nichtlandwirtschaftlichen Rohstoffe. Auch hier ist größte Sparsamkeit nötig, da ein großer Teil der gewerblichen Rohstoffe vom Auslande bezogen werden muß. Bei einer Gesamteinfuhr 1935 in Höhe von 4159 Millionen Reichsmark war der Anteil der

Lebenden Tiere	45 Millionen RM.
Fertigwaren	565 „ „
Lebensmittel und Getränke . .	996 „ „
Rohstoffe und halbfertige Waren	2553 „ „

Der Anteil der Rohstoffe betrug also 61%. Deshalb ist heute die Arbeit der Technik darauf gerichtet, den Verlust von Metallen, der beispielsweise durch Rost und sonstige Einflüsse von Luft und Wasser (Korrosion) erfolgt, zu vermindern. Auf der Oktobertagung der „Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete der Korrosion und des Korrosionsschutzes“ wurde festgestellt, daß durch derartige Verlustquellen ein jährlicher Ausfall allein bei Stahl in Höhe von rund 120 Millionen RM. erfolgt. Die Stahlmenge, die auf diese Weise alljährlich verlorengeht, beträgt etwa eine halbe Million Tonnen und entspricht einer Arbeitsleistung von zehn Tagen der gesamten deutschen Stahlindustrie.

Wir sind durch das Versailler Diktat in unserer Rohstoffbasis außerordentlich geschmälert worden. Deutschland erlitt einen Verlust an:

Bewohnern	von 10%
Fläche	„ 13%
Rindvieh	„ 13,1%
Weizen	„ 14,6%
Roggen	„ 19,1%
Kartoffeln	„ 20,3%
Steinkohlen	„ 26%
Kalierzeugung	„ 26%
Bleierzen	„ 41%
Thomasmehlerzeugung . .	„ 64%
Zinkerzen	„ 70%
Eisenerzen	„ 75%
Handelsflotte	„ 90%

Diese Verluste sind für Deutschland um so fühlbarer geworden, als es außerdem auch seine Kolonien hergeben mußte. Wir sind damit ein Land geworden, das die Engländer in ihrer geistlosen Aufteilung der Welt unter die sogenannten „Habenichtse“ rechnen. Die englische Wirtschaftszeitschrift „Economist“ vom 26. Oktober 1935 hat eine Aufstellung über die Verteilung der Welt unter die einzelnen Nationen veröffentlicht, die ich im folgenden wiedergebe:¹⁾

Fläche und Bevölkerung der Welt.

	Fläche		Bevölkerung	
	in 1000 qkm	in %	in 1000	in %
Brit. Empire und Ägypten . . .	35 597	27	511 612	25
Französisches Empire	12 540	9	86 110	4
Niederländisches Empire . . .	2 080	2	69 258	3
USA und Besitzungen	9 682	7	140 532	7
USSR	21 274	16	168 000	8
Sa.	81 173	61	975 512	47
Übriger Teil der Welt	51 766	39	1 069 000	53
davon:				
Belgisches Empire	2 469	1,9	21 283	1,1
Portugiesisches Empire . .	2 187	1,6	15 519	0,8
Spanisches Empire	837	0,6	25 000	1,3
Insgesamt	132 939	100,0	2 044 512	100,0

Danach befinden sich rund drei Fünftel der gesamten Erdoberfläche in den Händen von fünf großen Kolonialreichen: das Britische Empire, Sowjetrußland, das französische Kolonialreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Niederländische Kolonialreich. Bei einem Flächenanteil von insgesamt 61 % entfällt auf diese fünf großen Reiche jedoch mit nur 47 % noch nicht ganz die Hälfte der Erdbevölkerung. Das ist ein Beweis dafür, daß diese Kolonialreiche dünn besiedelt sind und genügend Raum für die Entwicklung ihrer Bevölkerung zur Verfügung haben. Sie gehören nicht zu den „Völkern ohne Raum“. Das englische Kolonialreich z. B. ist einschließlich der Dominions 150mal so groß wie das Mutterland, ohne die Dominions immer noch 60mal größer. Frankreichs Kolonialreich ist 22mal größer als das Mutter-

¹⁾ Zitiert nach Johannsen, Das Kolonialproblem Deutschlands, Hamburg 1936.

land. Italien, das nach der Eroberung Abessinians in die Reihe der großen Kolonialmächte eingetreten ist, hat sich damit ein Reich geschaffen, das 10mal größer ist als das Mutterland. Der Kolonialbesitz der Niederlande, die im Vergleich zu Deutschland nur 7,3 % an Fläche und 12 % an Bevölkerung umfassen, ist 60mal größer als das Mutterland. Für Belgien, bei dem die entsprechenden Verhältniszahlen 6,5 % der Fläche und 12,2 % der Bevölkerung sind, beträgt die Größe des Kolonialreiches das 80fache des Mutterlandes, und Portugal, das an Fläche 19,6 % des heutigen Deutschland und 10,3 % der deutschen Bevölkerung umfaßt, hat ein Kolonialreich, das 23mal größer ist als das Mutterland.

Unserer Forderung auf Rückgabe der Kolonien wird von englischer Seite immer entgegengehalten, die Kolonien seien für uns wertlos. Der Führer hat in seiner großen Rede vom 30. Januar 1937 diese lächerlichen Einwände zurückgewiesen. Wir fordern die Kolonien nicht aus militärischen Gründen, um sie militärisch zu verwerten, wie das England und Frankreich getan haben, die ihre indischen Truppen und nordafrikanischen Neger im Weltkriege an der Westfront gegen uns eingesetzt haben, sondern wir fordern die Kolonien aus wirtschaftlichen, d. h. aus Rohstoffgründen. Die Rohstoffverteilung und die Beherrschung der Rohstoffquellen in der Welt geht aus der Aufstellung auf Seite 20 hervor, die ebenfalls der „Economist“ brachte.²⁾

Großbritannien mit seinem Kolonialreich ist diejenige Macht, die geradezu mit Rohstoffen übersättigt ist. Es kontrolliert über die Hälfte der gesamten Kakaoerzeugung der Welt, über drei Fünftel der Erdnüsse. Mit den Niederlanden und den Vereinigten Staaten kontrolliert es über neun Zehntel der Koprproduktion. Die für uns so wichtige Baumwolle wird zur Hälfte von den Vereinigten Staaten, zu einem Viertel von Großbritannien und zu zwei Fünftel von Rußland kontrolliert. Großbritannien und die Vereinigten Staaten liefern zwei Drittel des Wollbedarfs der Welt, und Großbritannien mit den Niederlanden kontrollieren zu 95 % die Gummiproduktion. In der Jute sind wir sogar zu rund 100 % abhängig von England, denn das Juteland ist Indien.

Nicht anders steht es bei den Metallen. Das für uns so wichtige Kupfer wird zur Hälfte von Großbritannien und den Vereinigten Staaten geliefert. England beherrscht allein 94 % der Weltnickelproduktion. Zwei Drittel der Bleierzeugung und des Zinkerzes werden ebenfalls von England und den Vereinigten Staaten kontrolliert.

²⁾ Zitiert nach Johannsen, Das Kolonialproblem Deutschlands, Hamburg 1936.

Die Rohstoffverteilung in der Welt.

	Welt- produktion Mengen	Prozentuale Verteilung auf					
		Groß- brit.	Frank- reich	Nieder- lande	USA.	Ruß- land	Übrige Welt
Nahrungsmittel (1000 Quintals)							
Sojabohnen	67 870	—	—	2,7	4,7	1,5	91,1
Pflanzenöle	13 550	20,6	12,4	9,7	—	—	57,3
Kaffee	24 980	2,1	0,9	4,4	1,2	—	91,4
Kakao	5 800	55,0	12,4	0,3	0,2	—	32,1
Kopra	16 260	25,0	2,3	34,2	34,2	—	3,9
Erdnüsse	60 700	62,8	14,1	3,8	6,8	—	12,5
Leinsamen	36 000	8,6	0,5	0,1	3,7	21,7	65,4
Textilien, Samen, Petroleum							
Baumwolle (1000 Quintals) . .	51 000	24,4	0,2	—	49,2	17,1	19,1
Wolle (1000 t) . .	1 659	50,9	3,5	0,1	12,3	3,8	29,2
Jute (1000 Quintals)	14 605	99,5	—	—	—	—	0,5
Gummi (1000 t) . .	1 031	58,0	1,9	37,2	—	—	2,9
Petroleum (Mill. t) .	206	1,8	—	2,9	59,8	11,7	23,8
Mineralien, Metalle (1000 t)							
Kupfer	1 050	29,8	—	—	16,8	3,0	50,4
Nickel	45	94,3	—	—	0,2	2,2	3,3
Blei	1 180	44,5	0,7	—	21,2	1,1	32,5
Zinkerz	1 185	34,8	0,7	—	29,8	1,7	33,1
Eisenerz (Mill. t) . .	116	10,0	23,0	—	22,1	18,8	20,1
Zinnerz	122	43,1	1,0	16,4	—	—	39,5
Chromerz	409	33,5	—	—	0,2	27,5	38,8
Manganerz	1 751	30,4	0,4	0,6	2,2	53,5	7,1
Pyrit	6 532	4,1	2,9	—	4,4	3,6	85,0
Baryt	1 137	3,5	46,5	9,2	14,1	—	26,3
Kali	1 910	0,2	19,8	—	6,9	—	73,1
Silber (1000 kg) . .	5 667	18,5	0,2	0,5	12,8	—	68,0

Durch die Abtretung der großen Eisenerzgruben in Lothringen, die uns im Versailler Diktat auferlegt wurde, ist die Verteilung des Eisens auf der Welt so ungerecht erfolgt, daß England etwa 10% liefert, die Vereinigten Staaten ebenso wie Rußland etwa je zwei Fünftel, Frankreich aber ein Viertel der Eisenerzzeugung der Welt in seinen Grenzen vereinigt. Das ist eine derart große Menge, daß die französische Eisenindustrie niemals in der Lage sein wird, dieses Eisen selbst zu verarbeiten, sondern durch die Ausfuhr der Eisenerze ein Handelsgeschäft macht. Die für die Stahlerzeugung so wichtigen Erze, wie z. B. Chrom, werden von Großbritannien und Rußland zu zwei Dritteln kontrolliert.

Mit Hilfe unserer Kolonien könnten wir uns auf verschiedenen Einzelgebieten unseres Rohstoffbedarfs wesentlich entlasten. In unseren Händen wären diese Kolonien in einem ganz anderen Ausmaß entwickelt worden, als das die Mandatsländer bisher getan haben. Für diese Länder sind unsere Kolonien, wie der Führer sagte, ein Luxus und wertlos. Wenn wir einmal den augenblicklichen Leistungsstand der Mandatsgebiete zugrunde legen, so würden wir heute schon durch die Einfuhr von Sisalhanf — eine Pflanzensfaser, die als Ersatz für die Jute gilt — zu mehr als 100% unabhängig von der Einfuhr indischer Jute sein; wir könnten unseren Koprabedarf in Höhe von drei Viertel der deutschen Einfuhr, die Hälfte unseres Bedarfs an Kakao und rund ein Viertel unserer Bananeneinfuhr aus den Kolonien decken, ja, wir könnten uns sogar in einem gewissen Umfang mit Gold versorgen. Aus den Mandatsgebieten wurden 1934 322 602 Unzen Gold ausgeführt.

Die Rohstoffe, die wir wirklich innerhalb unserer Grenzen haben (wie Wolle, Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Erdöl), sind zum allergrößten Teil nur in unzureichendem Maße vorhanden, andere Rohstoffe (wie Baumwolle, Jute, Mineralphosphate, Zinn, Kautschuk) besitzen wir überhaupt nicht. Wir haben deshalb die Aufgabe, unser deutsches Vaterland nach Bodenschätzen zu durchforschen. Hermann Göring hat darauf hingewiesen, daß der zehnte Teil unseres Bodens überhaupt erst geophysikalisch auf Bodenschätze untersucht ist. Es gibt Gebiete in Deutschland, die als Lagerstätten von Erzen seit Jahrhunderten bekannt sind, deren bergbauliche Ausbeutung man aber nicht vorgenommen hat, weil man lieber das billigere und allerdings auch höherwertige Erz vom Ausland kaufte. Daneben müssen wir in unserer Rohstoffnot daran gehen, alle anfallenden Altstoffe restlos zu erfassen und zu verwerten. Einer der wichtigsten Rohstoffe der eisen-schaffenden Industrie ist der Schrott, für den gegenwärtig ein jährlicher Bedarf von 9 bis 10 Millionen Tonnen besteht im Werte von fast

einer Viertelmilliarde Reichsmark. Wir müssen bestrebt sein, wo es irgend geht, Rohstoffe und Metalle, die wir bisher vom Auslande beziehen mußten, durch neue, auf künstlichem Wege erzeugte zu ersetzen. Metalle lassen sich allerdings auf synthetischem Wege nicht herstellen. Hier können wir nur mit Hilfe von Legierungen vorgehen, indem wir beispielsweise Leichtmetalle, wie Aluminium, Magnesium, Elektron und andere durch einen entsprechenden Zusatz härten und diesen Metallen Eigenschaften geben, die sonst nur die schweren Metalle haben. Die deutsche Aluminiumerzeugung zeigt eine bemerkenswerte Steigerung von 18 900 Tonnen 1933 auf 95 200 Tonnen 1936. Die Legierungsforschung und -technik befindet sich bei den Unedel- und Edelmetallen wie bei den Schwer- und Leichtmetallen in erfolgversprechender Entwicklung. So ist z. B. für den Austausch von Messing gegen Zinkspritzguß eine Devisenersparnis von rund 1000 £ je 100 Tonnen Messing errechnet worden.

Auf dem Gebiet derjenigen Rohstoffe jedoch, die irgendwie organische Bestandteile besitzen, ist die künstliche Erzeugung eher möglich und schon z. T. weit vorgeschritten. Ich denke hier in erster Linie an die Verflüssigung der Kohle zu Benzin, die wir bereits in einem derartigen Ausmaße durchführen, daß, wie der Führer es verkündet hat, wir in etwa 1 bis 1½ Jahren von der Einfuhr ausländischer Kraftstoffe unabhängig sein werden. Diese Abhängigkeit bestand bis zu 80 % des Treibstoffbedarfs. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die damit der deutschen Wirtschaft gestellt ist im Hinblick auf den stetig steigenden Mineralölbedarf. Wir führten 1933—1936 in 1000 Tonnen ein: 2648 — 3094 — 3767 — 4203. Von den zwei Millionen Tonnen Leichtkraftstoffen, die Deutschland im Jahre 1935 verbraucht hat, wurden bereits 45 %, also fast die Hälfte, im Inland erzeugt. Der zweite große Erfolg der deutschen Wissenschaft und Technik ist die Erzeugung des künstlichen Kautschuks, Buna genannt, der aus Kohle und Kalk hergestellt wird und dem man gerade als einem künstlichen Werkstoff die Eigenschaften in erhöhtem Maße gegeben hat, die der Naturgummi nicht besitzt. Wie der Führer in seiner Rede ausgeführt hat, wird durch die Erzeugung künstlichen Gummis auch gerade die deutsche Kohlenindustrie eine Mehrbeschäftigung erfahren in Höhe von 20 bis 30 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr. Das bedeutet ein Mehr von einem Siebentel, gemessen an der Kohlenförderung des Jahres 1935. Um die erhöhte Fördermenge zu erreichen, wurde die Gesamtzahl der Bergarbeiter bis Ende 1936 auf 254 000 vermehrt. Da der deutsche Kohlenbergbau bei dem jetzigen Umfang der Förderung mit etwa 80 % seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt ist, stehen noch erhebliche Produktionsreserven zur Verfügung.

Kohle ist also kein Brennstoff mehr, sie ist ein Rohstoff für unsere deutsche Wirtschaft geworden. Ebenso verhält es sich mit dem Holz, aus dessen Zwischenprodukt, der Zellulose, die Zellwolle gewonnen wird. Auf die Bedeutung der Zellwollerzeugung habe ich bereits hingewiesen; von der Gesamteinfuhr an gewerblichen Rohstoffen im Jahre 1935 (2,3 Milliarden Reichsmark) entfiel ein gutes Drittel allein auf Spinnstoffe. Neben dem Grundstoff Zellulose erfordert die Herstellung von Zellwolle den Verbrauch umfangreicher Mengen von Chemikalien, so daß damit gleichzeitig eine belebende Wirkung auf die chemische Industrie verbunden ist.

Ein anderes umfassendes Gebiet, das uns eine Unzahl neuer Werkstoffe geliefert hat, sind die Kunstharze und Preßstoffe. Kunstharz wird gewonnen aus den Abfallprodukten der Steinkohlenchemie, die früher weggeworfen wurden, heute aber hochwertige Rohstoffe abgeben. Das Hauptanwendungsgebiet für sie ist die Elektrotechnik in Form von Schaltern, Dosen, Steckern. Das Gehäuse des Volksempfängers wie auch Telephonhörer, Telephongehäuse, Bleistiftspitzer, Aschenbecher, Federhalter, Zigarettenbehälter werden heute schon aus diesem Kunstharz gemacht. Es wäre denkbar, daß man auch Türklinken aus diesem Wunderstoff formt; sie sind haltbar und brauchen nicht gepulzt zu werden. Es dürfte auch durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen, daß man Leitungsrohre aus Kunstharz herstellt, denn Kunstharz rostet nicht, und gerade durch Rost verlieren wir ja, wie ich ausgeführt habe, große Mengen wertvoller Metalle. Die Kunstharzerzeugung hat bereits derartige Fortschritte gemacht, daß man heute schon sehr hoch beanspruchte Fahrräder aus diesem Stoff herstellt und sogar Lagerschalen für Maschinenwellen, Gleitlager in Feldbahnen und sonstigen Schmalspurbahnen einbaut. Es ist geradezu erstaunlich, zu hören, daß in Walzwerken z. B. Walzenlager aus Preßstoff über 36mal so lange als solche aus Hartblei und 10- bis 20mal so lange als Lager aus Bronze oder Rotguß gehalten haben. Durch stärkere Verwendung von Kunstharzpreßstoffen tritt eine Verringerung des Verbrauchs an Kupfer, Bronze und Zinn ein, an sogenannten „Sparmetallen“ also, unter denen man solche Metalle versteht, mit denen wir sparsam umgehen müssen.

Um diese ungeheuren Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft in der Rohstoffbeschaffung gestellt sind, zu erfüllen, bedarf es selbstverständlich der dazu vorgebildeten Menschen. Nun wird man sagen, daß Deutschland mit seiner Bevölkerung von 67 Millionen keinen Mangel an Menschen hätte. Durch das Versailler Diktat haben wir 1918 den zehnten Teil unserer Bevölkerung verloren. Wir hatten 1913 auf dem heutigen Reichsgebiet eine Bevölkerung von 60,5 Mil-

lionen und haben jetzt 1937 rund 67 Millionen. Die Klagen über den bei uns herrschenden Sacharbeitsmangel können jedoch nicht mit dem Hinweis auf die absolute Bevölkerungsvermehrung widerlegt werden, denn dieses Problem ist in dem eigenartigen Altersaufbau unseres Volkes begründet. Für den Arbeitseinsatz kommen in der Hauptsache die Altersgruppen der 20- bis 45jährigen in Frage, und gerade in diesen Gruppen weist Deutschland einen Fehlbestand auf. Dieser Fehlbestand ergibt sich aus folgenden Gründen:

1. Von 1935 ab sind die schwach besetzten Kriegsgeburtensjahrgänge als 20jährige in das Erwerbsleben getreten. 1935 zeigte nach der Volkszählung der Bevölkerungsstand des deutschen Volkes im Altersaufbau folgendes Bild:

Männliche Bevölkerung	
unter 6 Jahren	2 979 783
6—14jährige	4 653 461
14—16 „	654 253
16—18 „	723 749
18—20 „	1 177 933
20—25 „	3 093 883

2. Während des Krieges wurden rund drei Millionen Kinder nicht geboren, die normalerweise in diesen Jahren geboren worden wären.

3. Die große Zahl der Kriegsgefallenen ist zu berücksichtigen, die aus den Jahrgängen 1891 bis 1900 stammen und gerade in diese produktiven Altersklassen fallen.

4. Gerade der jüngeren Generation ist bekannt und wird von ihr jetzt als ein drückender Mangel empfunden, daß während der Krisenjahre die fachmännische Ausbildung der heranwachsenden Jugend vernachlässigt wurde. Die Gleichmacherei, die in den Lohnstarifen, die zur Angleichung des Lohnniveaus den gelernten Arbeiter drückten und den ungelernten hoben, beseitigte jeden Anreiz für die junge Generation, ein ordentliches Handwerk zu erlernen oder sich eine andere Sacharbeitersausbildung anzueignen.

5. Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß durch den Arbeitsdienst und die allgemeine Wehrpflicht dauernd 2½ Jahrgänge junger Arbeitskräfte aus der Wirtschaft herausgezogen werden und gerade in diesen leistungsfähigen Altersklassen ihr fehlen.

6. Die Neuaufstellung ausgesprochen technischer Heeresformationen, die besonders hohe Anforderungen an die technische Vor-

bildung der Soldaten stellen, nimmt zusätzlich eine große Anzahl hochqualifizierter Sacharbeiter für dauernd in Anspruch. Man denke hier nur an die Tankwaffe, die Panzertruppen, die Luftwaffe und die technischen Fortschritte, die der Bau der Kriegsschiffe inzwischen gemacht hat.

Man hat errechnet, daß der Nettozugang von neuen Arbeitskräften, bei dem der Abgang durch Tod und Überalterung schon berücksichtigt ist, sich für die einzelnen Jahre folgendermaßen gestalten wird:

1935	208 000
1936	178 000
1937	157 000
1938	150 000
1939	145 000

Das Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF. hat genaue Untersuchungen über die ganzen Fragen des Berufsnachwuchses angestellt und ist nach einem Aufsatz in der Zeitschrift „Die Deutsche Volkswirtschaft“ 1937, Heft 2, zu dem Ergebnis gekommen, daß im Verlaufe der nächsten 24 Jahre bis 1960 unter Zugrundelegung des Geburtenzuwachses von 1933 bis 1934 und Berücksichtigung der schwachbesetzten, ins heiratsfähige Alter aufrückenden Kriegsgeburtenjahrgänge etwa drei Millionen Menschen mehr im Erwerbsleben tätig sein würden als gegenwärtig. 1960 würden jedoch auf rund sechs Millionen männliche Erwerbspersonen zwischen 50 und 65 Jahren nur 2,2 Millionen Nachwuchsangehörige zwischen 14 und 20 Jahren entfallen, während 2,5 Millionen nötig wären. Damit ist ein Fehlbetrag von 300 000 Jungen gegeben. Die eigentlichen Nachwuchsforgen würden erst nach 1960 offenbar werden, wenn die jetzt stärker besetzten Jahrgänge 1900—1915 infolge vorgeschrittenen Alters der erhöhten Sterblichkeit ausgesetzt seien, ein entsprechender Ersatz durch Nachwuchs aber noch nicht vorhanden sei. Das schwierige Problem des Arbeitseinsatzes in der deutschen Wirtschaft muß also nach drei Richtungen hin gelöst werden:

1. Durch Eingliederung des noch verfügbaren Restbestandes von Arbeitskräften.
2. Durch Umschulung nicht voll einsatzfähiger Arbeitskräfte.
3. Durch zweckmäßige Ausbildung und Lenkung des Zustroms neuer Arbeitskräfte, den die schulentlassene Jugend stellt.

Wir hatten Ende Oktober 1936 die niedrigste bisher erreichte Arbeitslosenzahl von 1 076 000. In dieser einen Million befanden sich, abgesehen von den Angestellten und ungelernten Arbeitern, 582 000,

d. h. etwas mehr als die Hälfte, Sacharbeiter. Von diesen 582 000 Sacharbeitern waren 411 000 im eigenen Beruf voll einsatzfähig, während rund 100 000 überhaupt nicht mehr für den Arbeitseinsatz in Frage kommen und 72 000 erst nach Umschulung verwendbar werden. Nun könnte man meinen, daß die Zahl von 411 000 Sacharbeitern bei dem heutigen hohen Beschäftigungsstand unserer Wirtschaft immerhin noch eine stattliche Arbeitsreserve darstellt. Diese Schlußfolgerung ist aber im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Verwendung und Einsatzfähigkeit dieser Volksgenossen nicht richtig, denn für den bezirklichen Ausgleich kommen davon nur 162 000 in Frage. Die weitaus größte Zahl der Arbeiter ist durch die bereits erfolgte Familiengründung am Wohnort, durch kleinen Grundbesitz und auch durch die Besonderheit der Wohnverhältnisse an Ort und Stelle gebunden. Es ergibt sich also für Deutschland die, könnte man sagen, groteske Aufgabe, daß, wenn der Arbeiter nicht zum Industriebetrieb gehen kann, der Industriebetrieb zum Arbeiter kommen muß. Das ist, mit anderen Worten gesagt, das Problem der Industrieumsiedlung, durch die man die letzten Reste der Arbeitslosigkeit, soweit sie noch arbeitsfähig sind, beseitigen kann. Es ist das sogenannte Standortproblem der Industrie, das hier gelöst werden muß und das eine Unzahl von Fragen umfaßt, mit denen sich die Reichsstelle für Raumordnung im einzelnen beschäftigt. Um die Arbeitslosenzahl von 1 076 000 richtig zu werten, ist zu bedenken, daß in ihr auch der regelmäßige normale Veränderungsbestand enthalten ist, d. h. der immer in einer Wirtschaft vorhandene Wechsel von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte, der den Arbeiter nur vorübergehend „arbeitslos“ werden läßt und ihn am Stichtag der Erhebung mehr als „zufällig Arbeitslosen“ mit erfaßt. Unter Einrechnung des normalen Veränderungsbestandes, den man auf 200 000—300 000 Mann schätzt, würde die Aufgliederung der Arbeitslosenziffer von 1 076 000 etwa folgendes Bild ergeben:

1 076 000	Arbeitslose
— rd. 250 000	normaler Veränderungsbestand
826 000	
— 240 000	nicht mehr Einsatzfähige
rd. 586 000	voll und bedingt Einsatzfähige, darunter:
162 000	Einsatzfähige, die auch für den bezirklichen Ausgleich in Frage kommen
249 000	Einsatzfähige, die nicht für den bezirklichen Ausgleich in Frage kommen
72 000	Einsatzfähige erst nach Umschulung.

Von insgesamt 1933 in der deutschen Wirtschaft vorhandenen 153 000 Drehern waren Ende Oktober 1936 nur 735 arbeitslos, von 50 000 Werkzeugmachern nur 645, von 22 000 Schweißern nur 364. Diese Zahlen beweisen eindeutig, daß wir überhaupt keine nennenswerten Arbeitsreserven mehr haben und lassen die ungeheure Dringlichkeit des Sacharbeiterbedarfs erkennen.

Diese Verhältnisse haben geradezu zu einem Wettrennen um die Beschaffung von fachlichen Arbeitskräften geführt. Die „Wirtschaft“ denkt in erster Linie an den Einzelbetrieb und das Einzelunternehmen und gibt noch nicht in dem erforderlichen Ausmaße volkswirtschaftlichen Überlegungen Raum. Dieses individualwirtschaftliche Denken führt in dem Bestreben, sich Sacharbeiter um jeden Preis zu sichern, zu Übelständen, die die gemeinwirtschaftlichen Interessen gefährden. Deshalb hat Hermann Göring als der Beauftragte des Führers für die Durchführung des zweiten Vierjahresplanes hier eingegriffen und diesen volkswirtschaftlichen Überlegungen im Interesse des Gemeinnutzens und der Gesamtheit Geltung verschafft. Heute müssen alle größeren Bauvorhaben angezeigt werden, damit die Arbeitsämter in der Lage sind, die entsprechenden Arbeitskräfte nachzuweisen oder die Dringlichkeit des Bauvorhabens zu verneinen und zurückzustellen. Es ist verboten, Sacharbeiter, die in der Wirtschaft dringend gebraucht werden, aus betriebsegoistischen Gründen in einem Unternehmen festzuhalten und dort mit Arbeiten zu beschäftigen, die nicht ihrer fachlichen Vorbildung entsprechen. Wenn diese Arbeiter länger als 14 Tage mit derartigen Arbeiten beschäftigt werden, muß das Unternehmen sie dem Arbeitsamt melden, das für eine andere, ihrer Sachausbildung entsprechende Verwendung sorgt. Das Anwerben von Arbeitern unter Versprechung höherer Löhne mittels anonymer Anzeigen in der Zeitung ist verboten. Es wird heute verlangt, daß in zunehmendem Maße auch ältere Angestellte, die bisher von den Betrieben aus Kostengründen abgelehnt wurden, eingestellt werden, und endlich werden, um grundsätzlich den Sacharbeitermangel zu beseitigen, alle Unternehmen mit einer Mindestzahl von 10 Beschäftigten in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der Bauwirtschaft, die besonders unter dem Sacharbeitermangel leiden, zur Unterhaltung einer Anzahl von Lehrlingen gezwungen, die in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Sacharbeiter steht. Jeder Handwerkslehrling ist heute gehalten, eine sogenannte Grundlehre an Eisen und Holz durchzumachen, um erst nach Beendigung dieser Grundlehre seine Spezialausbildung anzutreten. Mit dieser Grundlehre wird zugleich eine bessere Berufsberatung verbunden, eine Lenkung der Fähigkeiten nach Kenntnis der besonderen persönlichen Eignung und damit eine in

der volkswirtschaftlichen Zielrichtung gelegene Lenkung des Sacharbeiternachwuchses überhaupt. Die Berufsberatung wird immer mehr ausgebaut. In einem Jahr (vom 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936) haben 1,1 Millionen Ratsuchende die Berufsberatungsstellen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aufgesucht. Der Reichserziehungsminister hat außerdem Ende November 1936 die Zahl der Schuljahre an den höheren Schulen von Ostern 1937 ab um eins herabgesetzt, um damit einen Beitrag für die auf weite Sicht gesehene notwendige Vermehrung der qualifizierten Arbeitskräfte zu leisten. Neben dieser persönlichen Seite des Arbeitseinsatzes steht dann aber noch eine technische Seite, die man mit dem Begriff „Rationalisierung“ bezeichnet und die den organischen Einsatz von sachlichen Arbeitskräften in Form von Maschinen neben den persönlichen Arbeitskräften umfaßt.

Wenn eine Volkswirtschaft einerseits ausreichende Nahrungsmittel zur Verfügung hat, um das Volk ernähren zu können; wenn andererseits genügend landwirtschaftliche und gewerbliche Rohstoffe vorhanden sind, die den Produktionsapparat fortlaufend in Gang halten und damit die Beschäftigung in der Wirtschaft unabhängig von ausländischen Rohstoffbezügen gestalten; wenn diese Wirtschaft drittens die erforderliche Zahl von Arbeitskräften besitzt oder, was in unserem Falle das gleiche bedeutet, die vorhandenen Arbeitskräfte so eingesetzt hat, daß nirgends ein Leerlauf entsteht, sondern alle unter Einsatz der höchsten Leistung beitragen zu der gesteigerten Gemeinschaftsleistung des ganzen Volkes; — dann entsteht eine vierte Forderung, die in einer gelenkten Wirtschaft, in der das Schicksal der Volksgenossen nicht dem einzelnen Wirtschaftsführer und Unternehmer überlassen ist, sondern in der der Staat als Vertreter der Volksgemeinschaft die Verantwortung für die Existenzsicherung eines jeden Mitgliedes dieser Volksgemeinschaft übernimmt, unbedingt wichtig ist: nämlich dafür zu sorgen, daß Jedem das Seine wird, also die Kernforderung des deutschen Sozialismus. Auf diesen einfachen Nenner kann man die große Aufgabe bringen, die Hermann Göring dem neuen Preisbildungskommissar, dem Gauleiter Josef Wagner, übertragen hat. In der sogenannten „freien“ Wirtschaft ist es „natürlich“, daß der Unternehmer den Preis festsetzt und in diesem Preis all das wieder ersetzt bekommt, was er an Löhnen, Rohstoffen und sonstigen Unkosten in seinen Betrieb gesteckt hatte zuzüglich eines Gewinnanteiles, der auf das Kapital und die Tätigkeit der leitenden Personen entfiel und den er nach eigenem Ermessen bestimmte. Jeder Unternehmer war in seiner Betriebsphäre frei und konnte nach Belieben und Gutdünken Geld in seinen Betrieb stecken, ohne daß ihn jemand kontrollierte. Nun

gibt es tüchtige und weniger tüchtige Unternehmer, fleißige und faule wie überall. Der eine organisiert seinen Betrieb ganz vorzüglich, vermeidet jeden Leerlauf, jede unnötige Nebenarbeit, weiß sparsam zu wirtschaften und auch seine Gefolgschaftsmitglieder zu sparsamer Wirtschaft anzuhalten. Dieser Unternehmer wird also verhältnismäßig geringere Gestehungskosten haben, die er für die Berechnung seines Preises zugrunde legt, als ein anderer, der weniger umsichtig und tüchtig ist und großzügiger das Geld ausgibt in der Hoffnung, er werde durch eine entsprechende Preiserzielung die von ihm in den Betrieb hineingesteckten Gelder wieder zurückerhalten. Der Verbraucher, das ist die Gesamtheit aller Volksgenossen mit ihren zum größten Teil sehr beschränkten Einkommen, ist aber nicht dazu da, um unwirtschaftliche Aufwendungen, die man auch als Fehlinvestitionen bezeichnet, dem untüchtigen Unternehmer zu bezahlen. Andererseits wird durch derartige unbegründete und unzweckmäßige Preiserhöhungen ein verhältnismäßig großer Teil des schwer erarbeiteten Einkommens auf dieses viel zu teuer fabrizierte Verbrauchsgut abgelenkt und fällt an einer anderen Stelle der deutschen Volkswirtschaft als Kaufkraft aus. Deshalb ist in einer gelenkten Wirtschaft eine Preiskontrolle unbedingt nötig. Wir haben heute in unserer deutschen Wirtschaft verschiedene preisverteuernde Momente. Diese liegen einmal in der Preissteigerung, die die ausländischen Rohstoffe erfahren haben. Seit Anfang 1933 hat sich im Durchschnitt unsere gesamte Rohstoffzufuhr um 20% verteuert. Die Preise für auslandsbestimmte Rohstoffe sind in den Jahren 1932—35 um 11,5% gestiegen. Sie haben in dem Dreivierteljahr von Dezember 1935 bis Oktober 1936 von dieser erhöhten Basis aus gesehen eine weitere Erhöhung um 3,5% erfahren. Die Textilrohstoffe wurden in den drei Jahren von Oktober 1933 bis Oktober 1936 um rund ein Drittel teurer. Die Aufstellung auf Seite 30 gibt eine Übersicht über die Preissteigerung bestimmter Welt handelsartikel seit Inkrafttreten des Neuen Planes.³⁾

Da wir bei dem augenblicklichen Stand unserer Wirtschaft ausländische Rohstoffe noch in größerem Umfange gebrauchen müssen, macht sich diese Vertéuerung auch in den Preisen der Verbrauchsgüter bemerkbar. Die Gestehungskosten der synthetischen Rohstoffe aus inländischer Erzeugung (Buna, Zellwolle) liegen gegenwärtig noch über den Weltmarktpreisen der natürlichen Rohstoffe. Der Gestehungspreis der Zellwolle liegt z. B. 30% über dem Baumwoll-

³⁾ Die Tabelle ist mit einigen Abänderungen der „Deutschen Volkswirtschaft“ 1937, Heft 6, Seite 213, entnommen.

Rohstoffpreisentwicklung seit Ende 1934

Ware	Notierung	Dezbr. 1934	Dezbr. 1935	Dezbr. 1936	Jan. 1937	Ver- änderung seit Dezbr. 1934 in %
Zucker	London, Rohz., sh. per cwt.	4/3	5/7	5/6,75	6/0,25	+ 41
Zucker	New York, Zentrifugal, cts. per lb.	1,87	2,21,5	3,04	2,88	+ 54
Kaffee	New York, Rio No. 7, cts. per lb.	9,38	6,38	8,88	8,13	— 13
Tee	London, Ceylon, Peking Ord. d. per lb.	10,75	11,50	11,75	12,—	+ 12
Kakao	London, Accra, F. F. sh. per cwt.	20/0	22/6	49/3	56/9	+184
Reis	London, Burma No. 2 sh per cwt.	6/9	7/6	9/6	9/9	+ 45
Butter	Kopenhagen, Kr. p.100kg.	210—	226—	180—	188—	— 10
Schmalz	Chicago, cts. per lb. . .	13,05	11,65	14,05	13,40	+ 3
Talg	New York, cts. per lb. .	5,38	7,—	8,50	9,50	+ 77
Leinöl	London, £ per t	19,75	27,75	28,—	28,—	+ 42
Soyaöl	„ Singapur, £ per t . .	17,75	21,75	28,75	27,75	+ 56
Kopra	„ „ £ p. h. t	9,94	22,50	23,38	22,50	+127
Haute	La Plata, d. per lb. . . .	5,19	6,63	7,50	7,75	+ 50
Kupfer	London, £ per t	28,31	35,06	49,38	52,50	+ 86
Zinn	„ p. Kasse £ per t . . .	228,50	218,13	233,13	230,50	+ 1
Zink	„ £ per t	11,88	14,56	19,94	22,43	+ 89
Blei	„ £ per t	10,68	15,66	28,38	27,88	+161
Wolle	Antwerpen, d per lb. . .	23,88	28,25	34,50	34,—	+ 42
Baum- wolle	New York, cts. per lb. . .	12,85	12,10	13,04	12,35	— 4
Jute	London, £ per t	16,71	20,—	19,—	18,63	+ 12
Hanf	„ £ per t	14,88	27,50	35,75	36,—	+142
Kautschuk	„ d per lb.	6,38	6,56	10,25	10,31	+ 62
Rohöl	Mid.-Kontinent, Dollar je Faß	0,95	0,94	1,04	1,04	+ 10
Petroleum	Mid.-Kontinent, Water- Withe, cts. per gall. . .	3,44	3,44	3,81	3,94	+ 15
Benzin	Mid.-Kontinent, OZ. 62, cts. per gall.	3,94	4,81	4,81	4,81	+ 22

preis. Die höheren Erzeugungskosten für den heimischen Werkstoff sind darin begründet, daß für seine Gewinnung bedeutend mehr Arbeit aufgewendet werden muß als bei der Gewinnung der Naturprodukte, wie etwa des Kautschuks. Außerdem sind die von der Wissenschaft erschlossenen Produktionsverfahren außerordentlich kompliziert und erfordern eine höhere Kapitalinvestition, die ebenfalls im Anfangsstadium preisverteuernd wirkt. Diese preisverteuernden Momente sind allerdings nur vorübergehender Natur. Alle bisher erzeugten künstlichen Rohstoffe waren im Anfangsstadium der Produktion, in dem ja naturgemäß noch viele Mißgriffe, Versuche und Kinderkrankheiten vorkommen, teurer als wir sie heute kaufen. Ich habe oben an Aluminium und Stickstoff erinnert.

Wir hatten bereits einmal einen Preiskommissar, der jedoch ein Preisüberwachungskommissar war, während Gauleiter Wagner der Preisbildungskommissar ist. Der Unterschied zwischen beiden Aufgaben ist einmal sehr treffend mit dem Bild von dem Brunnen und dem hineingefallenen Kinde illustriert worden. Der Preisüberwachungskommissar tritt nämlich erst dann in Funktion, wenn die Preise einen derartigen Hochstand erreicht haben, daß sie als unberechtigt empfunden werden und Unzufriedenheit hervorrufen, mit anderen Worten also dann, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Der Preisbildungskommissar aber soll verhindern, daß das Kind überhaupt erst in den Brunnen fällt. Er muß die besondere Lage der deutschen Wirtschaft bedenken und die verschiedenen eben geschilderten Preisauftriebstendenzen, die unzweifelhaft vorhanden sind, miteinander so in Einklang bringen, daß keine Verteuerung der gesamten Lebenshaltung entsteht. Gauleiter Wagner hat mit erfrischender Deutlichkeit und Klarheit immer wieder darauf hingewiesen, daß er diese Aufgabe erfüllen und unbedingt dafür sorgen wird, daß niemand aus Eigennutz seiner Selbstsucht die Zügel schießen lassen und sich an der augenblicklichen Zwangslage der deutschen Volkswirtschaft bereichern darf.

Die der deutschen Wirtschaft unter dem zweiten Vierjahresplan gestellten Aufgaben entspringen den zwingenden Notwendigkeiten der deutschen wirtschaftlichen Lage. Sie haben nichts zu tun mit einer dogmatischen Wirtschaftseinstellung, die unsere Gegner gern mit „Autarkie“ bezeichnen. Nicht autarkisch ist sie und auch nicht imperialistisch, denn durch sie soll nur das volkswirtschaftliche Existenzminimum an Nahrungsmitteln und Rohstoffen sichergestellt werden. Deutschland hat den Willen, mit allen Völkern eng zusammenzuarbeiten — allerdings in völliger Gleichberechtigung und unter gleichen Bedingungen. Die Anstrengungen Deutschlands zur Unabhängigmachung

auf dem Gebiet der textilen Rohstoffe durch Steigerung der Zellwollerzeugung wird niemand mit der Bezeichnung „autarkische Tendenz“ abtun können, denn auch die Länder, die uns kritisieren, haben diese Produktion aufgenommen und sind im Begriff, sie stark zu entwickeln. Die Erzeugung von Zellwolle in der Welt sieht folgendermaßen aus:

Welterzeugung von Zellwolle (in t)

	1935	1936
Deutschland	15 600	45 000
Italien	35 000	52 500
England	4 500	13 500
Frankreich	4 000	5 000
Polen	320	400
Japan	5 900	22 000
USA.	1 800	7 500
Sonstige Länder	—	1 000
<u>Welt</u>	<u>67 120</u>	<u>140 000</u>

So lange sich Deutschland in seiner bekannten Devisenzwangslage befindet und die anderen Völker nicht bereit sind, deutsche Waren in ausreichendem Maße abzunehmen, wird Deutschland gezwungen sein, alle im eigenen Lande vorhandenen produktiven Kräfte zu entfalten. Der Umfang der zu treffenden Maßnahmen hängt von der Bereitswilligkeit und dem Entgegenkommen des Auslandes ab, Deutschland Gleichberechtigung, besonders auf dem Rohstoffgebiet zu gewähren. Ein berühmtes englisches Wort lautet: „Right or wrong—my country“. Deutschland geht nicht so weit: es scheidet das „wrong“ aus den internationalen Beziehungen der Völker aus. Aber eins verlangt Deutschland mit unbeugsamer und unabdingbarer Entschlossenheit: das Recht des deutschen Volkes auf gleichberechtigte Sicherung seines Lebens, wie es daselbe allen Kulturvölkern der Erde zugesteht.

